

## Textteil

### A Planungsrechtliche Festsetzungen (§ 9 BauGB und BauNVO)

1. **Art der baulichen Nutzung** (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 1 - 15 BauNVO)
  - 1.1 **Besonderes Wohngebiet (WB) gemäß § 4a BauNVO**
    - 1.1.1 Im besonderen Wohngebiet 1+2 (WB1+2) werden die gemäß § 4a Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungsarten nicht Bestandteil des Bebauungsplanes (§ 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO). Im besonderen Wohngebiet 1+2 (WB1+2) sind nicht zulässig (§ 1 Abs. 5 und 9 BauNVO)
      - Anlagen, Betriebe und Einrichtungen, die der gewerblichen Unzucht dienen
      - die Errichtung von Schank- und Speisewirtschaften sowie
      - die Errichtung und Erweiterung von Betriebsflächen für Einrichtungen zur Abgabe von Speisen und Getränken zum überwiegenden Verzehr auf der Straße

die Errichtung von Schank- und Speisewirtschaften kann ausnahmsweise zugelassen werden, wenn deren Betrieb spätestens um 20.00 Uhr geschlossen wird (z.B. Tagescafés, Restaurants innerhalb von Einzelhandelsbetrieben, Eisdiele, usw.). (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. §§ 1-15 BauNVO)

### 2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 16 - 21 a BauNVO)

- 2.1 **Firsthöhe und Traufhöhe**

Die Firsthöhe bzw. die Traufhöhe darf höchstens 1,0 m über und 0,5 m unter der Bestandshöhe vom 20.04.1999 laut Höhenplan der Fa. Geoplatia liegen. Dies gilt für den gesamten Planbereich, außer den Bereichen mit einer Festsetzung der Gebäudehöhen (OK).

### 3. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 Abs.1 Nr. 2 BauGB, § 23 BauNVO)

- 3.1 Im besonderen Wohngebiet 1 (WB 1) dürfen die Baugrenzen mit Balkonen und Terrassen überschritten werden, wenn sie nicht breiter als 4,50 m sind und nicht mehr als 2,00 m vortreten.

### 4. Stellplätze und Garagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i.V.m. § 12 BauNVO)

- 4.1 Stellplätze und Garagen sind nur in Tiefgaragen zulässig.

### 5. Private Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

- 5.1 Auf den privaten Grünflächen ist die Errichtung von Gebäuden im Sinne von § 2 Abs. 2 LBO nicht zulässig.

### 6. Vorkehrungen zur Minderung von schädlichen Umwelteinwirkungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

- 6.1 Bei den mit dem Planzeichen "I" gekennzeichneten Gebieten handelt es sich um Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen gegen Verkehrsmmissionen zu treffen sind. Die besonderen baulichen Vorkehrungen müssen so beschaffen sein, dass in Wohnräumen tagsüber (6.00 bis 22.00 Uhr) ein Innenschallpegel von 35 dB (A) und in Schlafräumen nachts (22.00 bis 6.00 Uhr) ein Innenschallpegel von 30 dB (A) nicht überschritten wird. Bezüglich der zulässigen Innenschallpegel in Kommunikations- und Arbeitsräumen wird auf die VDI 2719 hingewiesen.

### 7. Pflanzgebote und Pflanzbindungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a und 25 b BauGB)

- 7.1 **Pflanzgebot für Einzelbäume**

Die durch Pflanzgebot festgesetzten Einzelbäume sind als standortgerechte, heimische Laubbäume zu pflanzen und dauernd zu unterhalten. Zulässig sind z. B. Feldahorn und Hainbuche. Obstbäume sind ebenfalls zulässig. Der Standort der Baumpflanzung darf von der Pflanzsetzung bis zu 2 m abweichen. Abgängige Bäume sind in den entsprechenden Arten nachzupflanzen.

- 7.2 **Pflanzgebot für Tiefgaragendecken**

Die nicht für Erschließungszwecke in Anspruch genommenen und nicht überbauten Teile von Tiefgaragendecken sind mit einer mindestens 0,6 m starken Erdüberdeckung zu versehen, glänzlich anzulegen und ins Gelände zu entwässern. Mindestens 20 % der Fläche ist mit heimischen Laubgehölzen zu bepflanzen. Zulässig sind z. B. Kornelkirsche, Gewöhnlicher Liguster, Wolliger Schneeball sowie die heimischen Wildrosenarten. Abgängige Gehölze sind in den entsprechenden Arten nachzupflanzen.

- 7.3 **Pflanzgebot für Dachbegrünung**

Flachdächer und Dachflächen mit einer Neigung bis zu 15° sind flächendeckend mit einer Extensivbegrünung zu versehen. Die Flächen sind mit einer mindestens 15 cm starken Substratschicht zu überdecken und mit Gräsern und Stauden zu bepflanzen, so dass dauerhaft eine geschlossene Vegetationsdecke gewährleistet wird. Die Dachbegrünung muss eine Wasseraufnahmekapazität von mindestens 35 l/m<sup>2</sup> im Gesamtaufbau aufweisen (Herstelleranweisung erforderlich).

### 7.4 Flächenhafte Pflanzbindung für Bäume

Alle vorhandenen Bäume mit einem Stammumfang von mindestens 60 cm, gemessen in 1 m Höhe, sind dauernd zu unterhalten, sofern sie nicht auf Flächen stehen, die überbaut oder als Zugang, Zufahrt oder Stellplatz genutzt werden. Abgängige Bäume sind in den entsprechenden Arten nachzupflanzen oder durch standortgerechte, heimische Laubbäume zu ersetzen. Auch hochstammige Obstbäume sind zulässig.

### 8. Nachrichtliche Übernahme von Denkmälern (§ 9 Abs. 6 BauGB)

- 8.1 Die mit "D" gekennzeichneten Gebäude sind als Kulturdenkmale in den Denkmalliste eingetragen und unterliegen den Bestimmungen des Denkmalschutzgesetzes.

### 9. Erhaltung baulicher Anlagen (§ 172 BauGB)

- 9.1 Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes wird nach § 172 BauGB als Gebiet bezeichnet, in dem die erforderliche Genehmigung für den Abruch, die Änderung oder die Nutzungsänderung baulicher Anlagen versagt werden kann. Die Genehmigung ist in diesem historisch bedeutsamen Stadtbereich zu versagen, wenn die baulichen Anlagen erhalten bleiben müssen weil sie allein oder im Zusammenhang mit anderen baulichen Anlagen das Ortsbild und die Stadtgestalt prägen oder weil sie von städtebaulicher, insbesondere geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung sind.

- 9.2 Die mit "E" gekennzeichneten Gebäude sind die Gesamtanlage prägende und konstituierende, und damit erhaltenswerte Objekte. (vgl. Denkmaltopografischer Wertepian zur Gesamtanlage Esslingen am Neckar).

## B Hinweise

### 1. Grundwasser

Das Plangebiet ist großteils überbaut. Bei Baumaßnahmen, die tiefer reichen als die bisherigen Gründungen, ist eine hydrogeologische Erkundung durchzuführen. Sofern von neuen Baumaßnahmen Grundwasser erschlossen wird, ist ein Wasserrechtsverfahren durchzuführen. Auch für vorübergehende Grundwasserabsenkungen während der Bauzeit ist ein Wasserrechtsverfahren durchzuführen; die Pläne mit Beschreibung sind beim Landratsamt -Untere Wasserbehörde- einzureichen.

Im Plangebiet ist bei tiefen Unterkuellungen nicht ausgeschlossen, dass zwei getrennte Grundwasserleiter (Quartär und Keuper) angeschnitten werden. Die Herstellung dauerhafter künstlicher Verbindungen von getrennten Grundwasserleitern muss bei Baumaßnahmen vermieden werden. Unterzooosse im

Grundwassereinflussbereich müssen wasserdicht und auftriebsicher ausgeblt werden; um dauerhafte Grundwasserableitungen zu vermeiden.

Aufgrund des hydrogeologischen Gutachtens (Hydrogeologisch-geohydraulische Grundfragen zur Quantifizierung der Grundwasserströmungsverhältnisse im Stadtgebiet von Esslingen) der HG GmbH vom November 1993, das im Auftrag des Tiefbauamts Esslingen erstellt wurde, gehen wir davon aus, dass die geplanten Unterzooosse im Bereich Milch/Wagnerstraße zumindest teilweise im Grundwassereinflussbereich liegen.

### 2. Geotechnik

Im Plangebiet bilden junge Talablagungen den oberflächennahen Baugrund. Die Schichten können lokal setzungsempfindlich und von geringer Standstigkeit beziehungsweise Tragfähigkeit sein. Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planung (z.B. zum genauen Baugrundaufbau, zur Wahl und Tragfähigkeit des Gründungshorizonts, zum Grundwasser u. dgl.) wird ingenieurgeologische Beratung durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen.

### 3. Fund von Kulturdenkmälern

Gemäß § 20 Denkmalschutzgesetz (DSchG) sind Funde, von denen anzunehmen ist, dass an ihrer Erhaltung aus wissenschaftlichen, künstlerischen oder heimatgeschichtlichen Gründen ein öffentliches Interesse besteht, unverzüglich einer Denkmalschutzbehörde oder der Gemeinde anzuzeigen.

### 4. Bodenfunde

Im Plangebiet können Funde und Befunde aus mittelalterlicher Zeit (ab 13. Jh.) auftreten, denen gegebenenfalls Kulturdenkmaleigenschaft zu kommt. An Planungen - insbesondere Bodeneingriffen - ist das Referat Mittelalterarchäologie des Landesdenkmalamtes Baden-Württemberg zu beteiligen.

### 5. Gestaltungsfibel

Die Gestaltungsfibel der der Innstadt gibt erläuternde Hinweise für die Erhaltung und Gestaltung baulicher Anlagen.

### 6. Satzung über die Gesamtanlage "Esslingen am Neckar"

Das Gebiet des Bebauungsplanes befindet sich im Geltungsbereich der Satzung über die Gesamtanlage "Esslingen am Neckar", die seit 04.08.2001 rechtsverbindlich ist. Damit ist das Orts-, Platz- und Straßenbild dieses Bereiches unter Gesamtanlagenschutz gestellt im Sinne des § 19 Denkmalschutzgesetz Baden-Württemberg.

### 7. Verwendungsverbot für Brennstoffe

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes gilt die "Satzung über die beschränkte Verwendung luftverunreinigender Brennstoffe" vom 13.11.1995 / 19.11.1997.

### 8. Bodenschutz, Altlasten

Im Geltungsbereich des Bebauungsplans gibt es mehrere Flächen, die als Grund von früheren oder aktuellen Nutzungen im Bodenschutz-Kataster des

Landkreises Esslingen als „J-Fälle“ bzw. als „B-Fälle“ klassifiziert sind („J-Fälle“ Grundstücke, bei denen ein Untersuchungsbedarf besteht; „B-Fälle“ Grundstücke, bei denen im Falle einer Umnutzung oder bei Abruch und Erdarbeiten ei Untersuchungsbedarf besteht).

- Im Hopfacker 1 B-Fall
- Milchstraße 15/17 U-Fall
- Wagnerstraße 4 U-Fall
- Wagnerstraße 5 U-Fall

Bei den o. a. Grundstücken sind Abbruch- und Aushubarbeiten gutachterlich zu begleiten. Die Ergebnisse sind in einem Abschlussbericht zu dokumentieren und dem Amt für Wasserwirtschaft und Bodenschutz vorzulegen damit ein Ausschluss der jeweiligen Fläche aus dem Bodenschutzkatalog geprüft werden kann.

## C Aufgehobene Vorschriften

Mit Inkrafttreten des Bebauungsplanes treten in seinem räumlichen Geltungsbereich alle bisherigen Vorschriften außer Kraft, dies gilt insbesondere für:

7. **Pflanzgebote und Pflanzbindungen** (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a und 25 b BauGB)

den Bebauungsplan  
Fußgängerunterführung Grabbrunnen-/Urbanstraße (619)  
Lageplan vom 12.12.1975  
Inkrafttreten am 25.08.1976

- den Bebauungsplan über die Art und das Maß der baulichen Nutzung im Innenstadtbereich (Baugebietesplan) (488)  
vom 22.01.1963  
gen. 24.02.1964  
Inkrafttreten am 13.03.1964

- den Baulinienplan im Gebiet der Ebershalden, Grabbrunnen-, Hauff-Mauer-, Urban-, Wagner-, Rikestr. (231)  
Lageplan vom 09.01.1994  
Inkrafttreten am 25.08.1994

- den Staffellauplan (223)  
gen. 06.05.1930  
Inkrafttreten am 23.05.1930

- die Baulinienfeststellung in der Milchstr. (76)  
Lageplan vom Mai 1903  
gen. 24.06.1903

- die Feststellung einer Baulinie an der nordöstlichen Seite der Heppenstr. und der nördlichen Seite der Milchstr. (74)  
Lageplan vom 04.02.1903  
gen. 24.06.1903

## D Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch (BauGB) Entsprechend dem am 20.07.2004 in Kraft getretenen Europarechtsanpassungsgesetz Bau (EAG Bau) vom 24.06.2004 (Bundesgesetzblatt Teil I Nr. 31 S. 1359).

Bauabzugsverordnung (BauVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132).

Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) vom 08.08.1995 (GBl. S. 617).

## Örtliche Bauvorschriften

### A Örtliche Bauvorschriften (§ 74 LBO)

#### 1. Außere Gestaltung baulicher Anlagen (§ 74 Abs. 1 Nr. 1 LBO)

##### 1.1 Allgemeiner Gestaltungsgrundsatz

1. Die Fassaden von Gebäuden sind deutlich erkennbar als tragende Erdgeschosszone und als flächige Lochfassade in den Obergeschossen auszubilden, dabei muss der Wandanteil in den Obergeschossen größer sein als der Öffnungsanteil. Öffnungen sind als stehende Rechtecke in Art, Proportion, Form und Abmessung am historischen Bestand des Gebäudes und der Umgebung auszurichten.
2. Die von Fernsichtpunkten, vom öffentlichen Verkehrsraum und von der Nachbarschaft einsehbare Dachlandschaft und ihre Dächer dürfen in ihrer Einheitlichkeit, Lebendigkeit und Geschlossenheit, insbesondere in Bezug auf Dachform, maßstäbliche Gliederung, Material und Farbe sowie Detailsabbildungen, in ihrem Gesamtbild nicht beeinträchtigt werden.
3. Die zur Verwendung kommenden Materialien und Farben für bauliche Anlagen und Bauteile müssen auf die besondere gestalterische Situation der historischen Altstadtbezugs Bezug nehmen. Sie sind untereinander abzustimmen. Faserzement-, Kunststoff- und ähnliche Platten oder Schindeln sowie glänzende, reflektierende oder glasierte Oberflächen, grelle und sehr dunkle Farben, grob oder buckelig ausgeführte Putze sind zur Gestaltung der baulichen Anlagen nicht zulässig.

#### 1.2 Gestaltungsregeln

1. **Fassade**
- **Erdgeschoss**

Die vom öffentlichen Verkehrsraum einsehbaren Außenwandflächen von Gebäuden sollen auch im Erdgeschoss einen geschlossenen Wandanteil einhalten. Dabei müssen Eckquader und Mittelpfeiler deutlich ablesbar bleiben. Schaufensteröffnungen sollen mit Sockeln gestaltet und deutlich hinter die Fassade gesetzt werden.
- **Obergeschosse und Giebel**

Obergeschosse und Giebel sind gestalterisch als Einheit herzustellen. Ausnahmsweise können Fenstergruppen zugelassen werden.

- **Fenster und Türen**

Fenster- und Türöffnungen in Putzflächen müssen Putzfugen haben oder mit Halbtürer und Bekleidung aus Holz gefasst sein. Rolllädenkästen und Vorrichtungen mit Außenjalousien sind baulich zu integrieren. Rollläden und Außenjalousien müssen farblich auf die Fassade abgestimmt sein.

Fenster in den Ober- und Dachgeschossen historischer Fassaden sind in der Regel in Holz, 2-flügelig mit Oberlicht und in weißer Farbe auszuführen. Fensterläden sind, wo sie zum Stil der Fassade gehören, beizubehalten oder wieder anzubringen.

#### 2. Dach

- Zulässig sind mittige Satteldächer mit einer Dachneigung zwischen 50° und 60°
  - Krüppel-Walmdächer
  - Mansarde-Dächer
  - Aufschüblungen
- **Dachüberstand**

Dächer sind am Ortsgang und an der Traufe mit einem Dachüberstand herzustellen. Die Traufe ist mit vorgelagerter, halbrunder metallener Dachrinne, der Ortsgang mit Windbrett, Zahnleiste oder Stellt Brett auszubilden. Ortsgangziegel sind nicht zulässig.
- **Dachgauben und Dachabschnitte, Dachfenster**

Dachgauben und Dachfenster müssen von der lauteisigen Außenwand und dem First einen Abstand von jeweils mindestens 1,00 m und von der Giebelwand einen Abstand von mindestens 1,50 m einhalten.

Die Breite aller Dachgauben einer Dachseite darf insgesamt 40 % der Gebäudebreite nicht überschreiten. Dabei soll die maximale Breite der einzelnen Dachgauben 2,00 m und der seitliche Mindestabstand der Gauben untereinander jeweils 2,00 m betragen. Die Höhe der Fenster der Dachgauben muss erkennbar unter der Höhe der Fenster in den Obergeschossen bleiben. Dachrinnen sind an den Dachgauben nicht zulässig.

Liegende Dachfenster sind im Format als stehende Rechtecke mit jeweils max. 1,00 m<sup>2</sup> zulässiger Größe herzustellen. Auf der vom öffentlichen Verkehrsraum einsehbaren Seite beträgt die zulässige Größe maximal 0,60 m<sup>2</sup>. Die Abstände der Dachfenster untereinander müssen mindestens 1,80 m betragen, ausnahmsweise können 2 Fenster nebeneinander zugelassen werden.
- **Dachabschnitte** sind ebenso wie Dachfenster, die über die Dachfläche ragen (sogenannte aufgekante Dachfenster), nicht zulässig.

- **Dachdeckung**

Dächer (auch Dachaufbauten) sind mit Tonziegeln in naturbelassener roter Farbe einzudecken.

#### 3. Andere Bauteile

- **Balkone und Wintergärten**

Balkone, balkonartige Wintergärten u. verglaste Vorbauten sind nur auf den vom öffentlichen Verkehrsraum abgewandten Seiten zulässig.
- **Markisen und Vordächer**

Markisen sind auf den dem öffentlichen Verkehrsraum zugewandten Fassaden nur im Erdgeschoss zulässig; sie müssen einer Öffnung zugeordnet sein und sollen im geschlossenen Zustand in der Öffnungsleitung untergebracht werden. Vordächer sind an den öffentlichen Verkehrsraum zugewandten Fassaden nicht zulässig.
- **Energiegewinnungsanlagen**

Energiegewinnungsanlagen sind in Dächern und Fassaden gestalterisch zu integrieren.

#### 2. Werbeanlagen und Automaten (§ 74 Abs. 1 Nr. 2 LBO)

##### 2.1 Allgemeine Grundsätze

1. Werbeanlagen dürfen nur an Gebäuden angebracht werden.
2. Folgende Werbeanlagen sind nicht zulässig:
  - senkrecht übereinander stehende Schriftzeichen
  - Beklebung oder Verdeckung von mehr als 15 % der Fläche von Schaufenstern und sonstigen Öffnungen an baulichen Anlagen
  - Spruchbänder und Fahnen
  - Schriften auf Tafeln oder Bändern
  - Kästen für Stechschilde, Zeichen, Embleme, Schriftzüge
  - Schriften und Zeichen an Vordächern und Markisen
  - selbstleuchtende Transparente
  - für Anschläge bestimmte Werbeanlagen über 0,5 m<sup>2</sup> Größe, ausgenommen Liftassäulen

##### 2.2 Gestaltungsregeln

1. **Ort der Anbringung und Anzahl der Werbeanlagen und Automaten**

- Werbeanlagen sind nur an der Stätte der Leistung im Bereich des Erdgeschosses oder der Brüstung des 1. Obergeschosses zulässig.

- Je Betrieb oder Institution ist an jeder Gebäudefront nur eine Werbeanlage zulässig. Zusätzlich kann ein ergänzendes Firmenzeichen oder Emblem oder Stechschild zugelassen werden. Werbeanlagen für verschiedene Geschäfte oder Institutionen an einem Gebäude sind in Größe, Art, Form und Farbe aufeinander abzustimmen.

- Automaten sind nur in Laden- und Hauseingängen, Hofeinfahrten oder Passagen sowie als integrierter Bestandteil von Schaufensteranlagen zulässig.

#### 2. Gestaltung der Werbeanlagen

- **Schriftzüge** sind mit Einzelbuchstaben in horizontaler Anordnung auszuführen.

Der Corpus der Schrift darf max. 30 cm hoch sein; bei Worten, die aus firmenbezogenen Gründen nur aus Großbuchstaben bestehen, sind Buchstabenhöhen bis 40 cm zulässig. Größere Höhen können zugelassen werden, wenn 1/3 der Höhe der Anbringungsfläche nicht überschritten wird.

Die Schriftzüge dürfen in der Breite max. 2/3 der freien Wandfläche einnehmen.

Einzelbuchstaben in künstlerischer Ausführung aus Metall und aufgemalte Schriften können höher ausgeführt werden.
- **Stechschilde** dürfen eine Höhe von max. 90 cm und eine Ausladung von max. 120 cm nicht überschreiten (Schildmaß).
- **Embleme und Zeichen** dürfen eine Höhe von max. 50 cm, eine Breite von max. 50 cm und eine Tiefe von max. 15 cm nicht überschreiten.

- **Glänzende, reflektierende, grelle oder sehr dunkle Farben** und Materialien und Werbeanlagen von wachsendem oder bewegtem Licht sind nicht zulässig.

#### 3. Gestaltung und Nutzung der ungebauten Flächen der bebauten Grundstücke sowie Zulassung von Einfriedungen (§ 74 Abs. 1 Nr. 3 LBO)

- 3.1 **Plätze** für bewegliche Abfallbehälter sind baulich oder durch Bepflanzungen gegen Einsicht von öffentlichen Anlagen und Verkehrsflächen abzusichern.
- 3.2 **Freiflächen**

Zur Befestigung von nicht begrünten Flächen sind Plasterbeläge oder Beläge zu verwenden, die wenigstens teilweise wasserundurchlässig sind.

- 3.3 **Einfriedigungen**

Einfriedigungen gegenüber dem öffentlichen Verkehrsraum müssen einen gestalterischen Bezug zur Gebäudesubstanz der Altstadt aufweisen. Sie dürfen eine Höhe von 1,20 m nicht überschreiten.

#### 4. Erfordernis eines Kenntnisabgabeverfahrens (§ 74 Abs. 1 Nr. 7 LBO)

- 4.1 **Erfordernis eines Kenntnisabgabeverfahrens**

Die folgenden Vorhaben ist abweichend von § 50 Abs. 1 mit zugehörigem Antrag und Abs. 2 LBO ein Kenntnisabgabeverfahren erforderlich:

1. Gebäude ohne Aufenthaltsräume, Toiletten oder Feuerstätten (Anhang Nr. 1)
2. Öffnungen in Außenwänden und Dächern (Anhang Nr. 15)
3. Außenwandverkleidungen und Verblindungen (Anhang Nr. 16)
4. Anlagen zu photovoltaischer und thermischer Solarnutzung (Anhang Nr. 21)
5. Stellplätze (Anhang Nr. 65)
6. Nutzungsänderungen in Wohnraum (50 Abs. 2 Nr. 2 LBO)

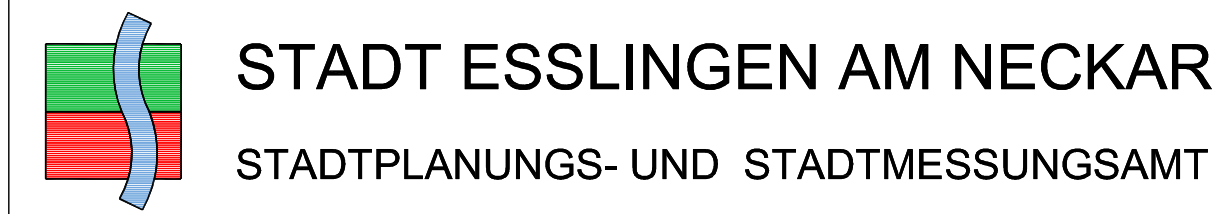
## B Ordnungswidrigkeiten

- (§ 75 Abs. 3 Nr. 2 LBO)

Bei Zuwiderhandlungen gegen die örtlichen Bauvorschriften gelten die Bestimmungen des § 75 LBO.

## C Rechtsgrundlagen

Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08.08.1995 (GBl. S. 617).



## BEBAUUNGSPLAN UND ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN ZWERCHSTRASSE / HEUGASSE (SÜDLICHER TEIL)

IM PLANBEREICH 01 "INNENSTADT I"

PLANDATUM: 08.08.2008/20.02.2009



Auslage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 14.10.2008 bis 17.11.2008

Satzungsbeschluss Gemeinderat am 30.03.2009 TOP 6

Ausfertigung Esslingen am Neckar, den 08.04.2009

In-Kraft-Treten

Bekanntmachung in der Esslinger Zeitung vom 16.04.2009, Nr. 87

gez. Wallbrecht

Bürgermeister